

NEUE Chatham-House-Studie:

*Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang?*

*Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken*

- Umfangreiche europäische Studie wirft neues Licht auf Ansichten der Eliten und die Stimmung in der übrigen Bevölkerung
- Ergebnisse zeigen, was Europäerinnen und Europäer spaltet und vereint
- Debatte über die EU muss die Vielfalt der Ansichten berücksichtigen

Ein Jahr nach der Entscheidung Großbritanniens, aus der Union auszutreten, veröffentlicht Chatham House eine umfangreiche Studie über Einstellungen der Europäer zu Themen, die von Fragen der Identität über Integration bis hin zur Zukunft der EU reichen.

Basierend auf einer erstmalig durchgeführten Umfrage unter mehr als 10.000 Mitgliedern der Bevölkerung und 1.800 „Multiplikatoren“ aus Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, vergleicht die Studie Einstellungen der „übrigen Bevölkerung“ und der „Eliten“ innerhalb und zwischen zehn EU-Ländern.

*Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang? Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken* zeigt sowohl wesentliche Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten auf, die quer über den Kontinent hinweg erkennbar sind. Besonders deutlich wird der fehlende Konsens der Eliten über die zukünftige EU-Integration – sowie eine ausgeprägte Kluft innerhalb der übrigen Bevölkerung zu Fragen der Identität. Die Studie beleuchtet die gegensätzlichen Einstellungen von Eliten und übriger Bevölkerung zur Zukunft Europas, sie weist aber auch auf die überraschende Einigkeit beider Gruppen in Sachen europäischer Solidarität und zu den Errungenschaften und Misserfolgen der EU hin.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass sich Europas Spitzen „offen mit den tatsächlichen politischen Gegebenheiten befassen“ und mehr tun müssen, um die Kluft zwischen ihren eigenen Positionen und jenen der übrigen Bevölkerung zu überwinden, die gegenüber den tiefgreifenden sozialen Herausforderungen rund um Integration und Identität besteht. Die Studie habe außerdem „bedeutende Auswirkungen“ auf eine Debatte über die Zukunft Europas, die dahingehend zu gestalten sei, dass sie die „grundverschiedenen Einstellungen“ auf dem gesamten Kontinent berücksichtigt, so die Autoren.

*Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang? Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken* ist das Ergebnis eines Projekts, das durch Unterstützung der Stiftung Mercator, der Robert Bosch Stiftung, der King Baudouin Foundation und der ERSTE Stiftung ermöglicht wurde.

Der gesamte Bericht und eine Zusammenfassung sind [hier](#) nachzulesen.

**Einige wichtige Ergebnisse der Umfrage\*:**

Seite 2 von 5

- Die Eliten sind sich uneins darüber, ob die EU mehr Befugnisse haben sollte. 37 % glauben, dass die EU mehr Befugnisse bekommen sollte, 28 % befürworten den Status quo und 31 % sind der Meinung, dass die EU den Mitgliedstaaten Befugnisse zurückgeben sollte.
- Die übrige Bevölkerung ist weitaus weniger oft der Ansicht, von der EU profitiert zu haben. Nur 34 % glauben, von der EU profitiert zu haben, im Vergleich zu 71 % der Eliten. Eine Mehrheit der Europäer (54 %) findet, dass ihr Land vor 20 Jahren ein besserer Ort zum Leben gewesen sei.
- 48 % der übrigen Bevölkerung und 62 % der Eliten denken, dass Deutschland eine positive Rolle in der EU spiele. Dem stimmen 28 % der übrigen Bevölkerung und 23 % der Eliten nicht zu.
- Die befragten Vertreter der Eliten nannten vor allem Frieden als bedeutendste Errungenschaft der EU, während die übrige Bevölkerung Freizügigkeit nannte. Beide Gruppen waren sich hingegen einig über die fünf wichtigsten Errungenschaften: Frieden, der Schengen-Raum, Freizügigkeit, der gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung.
- Eine Mehrheit der übrigen Bevölkerung (55 %) und eine relative Mehrheit der Eliten (43 %) sind der Ansicht, dass ein weiterer Mitgliedstaat innerhalb der nächsten zehn Jahre aus der EU austreten wird. Innerhalb der Eliten sind Politiker die einzige Untergruppe, in der eine relative Mehrheit anderer Meinung ist.
- Sowohl übrige Bevölkerung als auch Eliten bekennen sich zu einer EU, die auf Solidarität beruht. 77 % der Eliten und 50 % der übrigen Bevölkerung glauben, dass reichere Mitgliedstaaten ärmere Mitgliedstaaten unterstützen sollten. Nur 18 % der übrigen Bevölkerung und 12 % der Eliten sprechen sich dagegen aus.

\* EU-Durchschnittswerte wurden nach dem EU-Austrittsbeschluss des Vereinigten Königreichs ohne britische Daten berechnet.

**Was Deutsche denken:**

- Eine relative Mehrheit der deutschen Bevölkerung (48 %) ist der Ansicht, dass die EU einige ihrer Befugnisse an die Mitgliedstaaten zurückgeben sollte. 32 % sind mit dem Status quo zufrieden. Nur 20 % wollen der EU mehr Kompetenzen einräumen. Die Unterstützung für eine Rückgabe von Befugnissen an die Mitgliedstaaten ist in Griechenland am höchsten (66 %) und in Spanien am niedrigsten (39 %).
- Die Deutschen sind sich uneins, was die Vorteile der Integration betrifft: 34 % glauben, dass Menschen wie sie von der EU profitiert hätten, 30 % stimmen dem nicht zu und 36 % haben dazu keine Meinung.
- Eine relative Mehrheit der Deutschen (38 %) ist dafür, dass reichere Mitgliedstaaten ärmere Mitgliedstaaten finanziell unterstützen sollten. In

allen befragten Ländern findet sich hierfür eine relative Mehrheit. 27 % der Deutschen sind damit nicht einverstanden, während 35 % weder dafür noch dagegen sind.

Seite 3 von 5

- Eine Mehrheit der Deutschen (56 %) glaubt, dass ein weiterer Mitgliedstaat innerhalb der nächsten zehn Jahre aus der EU austreten wird. Dieser Standpunkt wird in allen befragten Ländern von der Mehrheit der Öffentlichkeit unterstützt (80 % in Griechenland, 59 % in Belgien und Frankreich, 57 % in Österreich, 56 % in Italien, 52 % in Spanien, 43 % in Polen und 40 % in Ungarn).
- In Deutschland sind mehr Menschen (46 %) der Meinung, dass ihr Land vor zwanzig Jahren ein besserer Ort zum Leben war als heute; 28 % sehen dies anders.
- Geteilter Meinung ist man in Deutschland über die Vorteile der Zuwanderung: 32 % glauben, die Zuwanderung sei gut, 34 % denken nicht, dass die Zuwanderung gut sei und 33 % haben dazu keine Meinung. In Spanien glauben mehr Menschen, dass Zuwanderung für ihr Land gut sei (38 %), während 32 % nicht dieser Meinung sind.
- Deutsche sind am ehesten der Ansicht, dass Zuwanderung das kulturelle Leben ihres Landes bereichere. 43 % denken so, während 29 % dem nicht zustimmen. Im Vergleich dazu stimmen im EU-weiten Durchschnitt 32 % zu und 38 % nicht zu.
- Belgien und Frankreich sind am ehesten der Überzeugung, dass die Euro-Währung die größte Errungenschaft der EU sei. Für Deutsche und Österreicher steht die Friedenserhaltung an oberster Stelle. Spanier und Griechen nennen am häufigsten die Freizügigkeit, während Polen, Italiener und Ungarn den Schengen-Raum anführen.

Thomas Raines, Ko-Autor und Research Fellow im Europa-Programm von Chatham House: *„Die sich erholende Wirtschaft und relative politische Stabilität, die den Wahlen dieses Jahres folgen könnte, könnten eine einzigartige Chance für echte politische und wirtschaftliche Erneuerung in der EU bedeuten. Im Hinblick darauf müssen führende Persönlichkeiten jedoch zuerst die eindimensionale Diskussion über „mehr“ oder „weniger“ Europa überwinden. Unsere Daten weisen auf eine breite Vielfalt an Sichtweisen unter Europäern hin – quer über den gesamten Kontinent und zwischen den einzelnen Staaten –, die über eine binäre Spaltung hinausreicht. Die Diskussion über die Zukunft Europas ist so zu gestalten, dass sie die Breite an Sichtweisen auf dem gesamten Kontinent berücksichtigt und Raum für Kritik lässt – Gegenstimmen oder unterschiedlichen Wertehaltungen ihre Legitimation abzusprechen würde vermutlich nur dazu beitragen, eine EU-feindliche Gesinnung zu fördern.“*

Ko-Autor, Professor Matthew Goodwin: *„Es kommt mehr denn je darauf an zu verstehen, wie die relevanten Akteure in ganz Europa die zentralen europäischen Herausforderungen sehen, wie ihre Ansichten von denen der breiten Bevölkerung abweichen und wie nach Möglichkeit Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten thematisiert werden könnten. Die Umfrage enthält einzigartige Daten mit wichtigen Implikationen für die Diskussion über die Zukunft Europas. Sie zeigt das Ausmaß der Kluft zwischen der breiten Öffentlichkeit und diesen „Eliten“: Wenn aus Krisenmanagement politische und wirtschaftliche Erneuerung werden soll, können europäische Führungskräfte die Tatsache nicht ignorieren, dass sie künftig mehr tun müssen, um die Kluft zwischen ihren eigenen Positionen und*

*jenen der übrigen Bevölkerung zu überwinden, insbesondere wenn es um die Bewältigung großer sozialer Herausforderungen geht. Ebenso wird jeder Versuch eines Fortschritts in Richtung einer stärkeren EU-Integration untergraben werden, wenn er nicht auf einer breiten öffentlichen Zustimmung beruht und von den Eliten unterstützt wird.“*

Seite 4 von 5

#### Die Ergebnisse...

- zeigen einen quer durch den Kontinent verlaufenden Bruch entlang dreier Dimensionen. Zunächst zwischen den „Eliten“ (Personen in einflussreichen Positionen aus Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) und der breiten Bevölkerung: Trotz Übereinstimmung zwischen den beiden Gruppen bezüglich Solidarität und Demokratie auf EU-Ebene sowie den bisherigen Errungenschaften und Misserfolgen der EU weisen die Daten auch auf markante Unterschiede hin, was politische Grundwerte, Gefühle gegenüber der EU und Einstellungen gegenüber Diversität und Zuwanderung betrifft. Zweitens eine ausgeprägte Kluft innerhalb der übrigen Bevölkerung, besonders bei Fragen der Identität: Die politischen Herausforderungen, die sich aus diesen unterschiedlichen Werthaltungen ergeben, ziehen Europa in zwei verschiedene Richtungen und werden voraussichtlich lange bestehen bleiben – selbst dann, wenn die Wirtschaft wieder wächst und sich stabilisiert. Drittens innerhalb der Eliten: durch einen Mangel an Konsens bezüglich wichtiger Fragen über die Richtung der EU. Während Meinungsbildner zu einem überwiegenden Teil der Ansicht sind, von der EU profitiert zu haben, herrscht bei Weitem keine Einigkeit, was ihre Einstellung zu vermehrter Integration betrifft.
- haben wichtige Implikationen für eine Debatte über die Zukunft Europas. Das Fehlen einer klaren Mehrheitsmeinung über den weiteren Weg führt die Notwendigkeit einer Diskussion vor Augen, die die vielfältigen Ansichten über die Zukunft Europas anerkennt und über simple binäre Begrifflichkeiten wie „mehr“ oder „weniger“ Europa hinausreicht. Eine echte politische Erneuerung in Europa wird eine offenere, ideenreiche und vielleicht sogar konfliktrichtigere Debatte erfordern.
- deuten darauf hin, dass allgemeine Differenzen innerhalb der Bevölkerung verschiedener Staaten ebenso signifikant sind wie Differenzen zwischen Staaten. Strategien zur Zukunft der EU, die auf eine differenzierte Integration der verschiedenen Geschwindigkeiten in bestimmten Ländern abzielen, lassen die einschneidenden Bruchlinien außer Acht, die quer durch den gesamten Kontinent verlaufen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Herangehensweise an eine künftige Integration, die über die Konstruktion einer EU aus „Kern“ und „Peripherie“ hinausreicht.
- deuten darauf hin, dass eine Konsolidierung der europäischen Wirtschaft nicht die Herausforderungen der EU-Integration lösen wird: Um eine öffentliche Unterstützung der EU zu fördern, reicht es nicht, sich nur darauf zu konzentrieren, die Rolle der EU durch Verbesserung des wirtschaftlichen Wohlstandes der EU-Bürger zu stärken. Vertreter der EU-Institutionen sowie der nationalen Politik werden sich verstärkt

darum bemühen müssen, die Kluft zwischen ihren eigenen Positionen und jenen ihrer Bürger gegenüber tiefgreifenden sozialen Herausforderungen – wie etwa Ängsten vor dem Verlust nationaler Identität, Spannungen infolge von Zuwanderung oder die wahrgenommene Chancenungleichheit – zu überwinden. Diskussionen über die zukünftige Richtung der EU werden so zu gestalten sein, dass sie sich mit Ängsten zur wirtschaftlichen Entwicklung ebenso befassen wie mit Sorgen über eine wahrgenommene Bedrohung für nationale Traditionen und Kulturen.

Seite 5 von 5

**Über die Studie:**

*Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang? Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken* wurde von Professor [David Cutts](#), Associate Fellow, [Matthew Goodwin](#), Visiting Senior Fellow, und [Thomas Raines](#), Research Fellow im Europa-Programm von Chatham House verfasst. Die Umfrage wurde zwischen Dezember 2016 und Februar 2017 in zehn Ländern durchgeführt: Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Spanien, Ungarn und das Vereinigte Königreich.

**Methodik**

Kantar Public führte im Auftrag von Chatham House zwei Umfragen durch. Die Feldarbeit für die Bevölkerungsumfrage wurde zwischen Dezember 2016 und Januar 2017 mithilfe von Online-Panels mit einer repräsentativen Auswahl der Bevölkerung in zehn europäischen Ländern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Spanien, Ungarn und das Vereinigte Königreich) durchgeführt, wobei mindestens 1.000 Personen pro Land befragt wurden. Die Quoten wurden nach Alter, Geschlecht und Region festgelegt und Verzerrungen mittels nachträglicher Stratifizierung ausgeglichen. Insgesamt wurden 10.196 Personen interviewt.

Die Eliten-Umfrage wurde zwischen Januar 2017 und Februar 2017 in denselben zehn Ländern durchgeführt. Diese Gruppe wurde in vier weit gefassten Kategorien definiert: Politiker (auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene), Journalisten (Nachrichtenjournalisten), Führungskräfte aus der Wirtschaft (aus einer Reihe kleiner, mittlerer und großer Unternehmen) und Vertreter der Zivilgesellschaft (NGOs, Verbände, Gewerkschaften, Universitäten). Die Befragungen wurden überwiegend per Telefon durchgeführt. In manchen Ländern fanden einige persönliche Interviews oder Online-Befragungen statt. Insgesamt wurden 1.823 Personen (zwischen 160 und 200 pro Land) interviewt.

**Kontakt:**

Für weitere Informationen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an

Chatham House, Communications  
Jenny Williams, Tel. +44 (0) 20 7314 3687, mobil +44 (0) 7921 867626  
[jwilliams@chathamhouse.org](mailto:jwilliams@chathamhouse.org)